

Ein Dossier von Brot für die Welt und Diakonie Deutschland, Zentrum für Migration und Soziales, in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Neue Wege gehen

Migration gestalten, nicht verhindern – international und in Deutschland

Brot
für die Welt

Diakonie 



Mit zwei Koffern in die Fremde:
Frauen am Busbahnhof in Oradea,
Rumänien, im März 2016.

Foto: Bettina Flitner



Cornelia Füllkrug-Weitzel
ist Präsidentin von Brot für die Welt
und Vorstandsvorsitzende des
Evangelischen Werks für Diakonie
und Entwicklung.



Ulrich Lilie
ist Präsident der Diakonie
Deutschland und
Stellvertretender Vorsitzender
des Evangelischen Werks
für Diakonie und Entwicklung.

Menschen überwinden internationale Grenzen auf der Suche nach einem besseren Leben oder um vor Gefahren für Leib und Leben zu flüchten – seit Menschengedenken. Oder sie werden als Arbeitskräfte angeworben. So sind unsere Urahnen nach Brasilien gelangt oder Polen und Südkoreaner in den Ruhrpott. Trotz ihrer Allgegenwart wird Migration aber nicht als selbstverständlich akzeptiert. Alle Bemühungen sind auf Verhinderung ausgerichtet. Den Ursachen von Flucht, Vertreibung und anderer unfreiwilliger Aufgabe der Heimat entgegenzuwirken, ist wichtig. Dabei dürfen aber solche Ansätze nicht als allgemeine Strategie zur Verhinderung von Migration missverstanden werden.

Globalisierung bedeutet freie Bewegung von Informationen, Finanzen, Waren, Produktionsstätten und – mit Einschränkungen – Arbeitskräften. Warum sollten diese Bewegungen nur dem Willen der Akteure des Marktes und nicht dem Willen „einfacher“ Menschen folgen dürfen? Wie können ihre Interessen und Stimmen in gesellschaftlichen und internationalen Aushandlungsprozessen über das, was an Migration wünschenswert ist, berücksichtigt werden?

Mit Migration umzugehen ist eine gesellschaftspolitische Lern- und Gestaltungsaufgabe – und eine Frage der Menschenrechte. Migration gestalten, heißt dafür einzutreten, dass Verschiedene ohne Diskriminierung zusammenleben, zugezogene und einheimische Benachteiligte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wie können wir Mut machen, die Grenzen in unseren Köpfen zu überwinden?

Wir möchten Ihnen sinnvolle praktische Ansätze für den konstruktiven Umgang mit Migration vorstellen und damit einen diskursiven Prozess fördern, der internationale und nationale Perspektiven zusammenbringt.

Cornelia Füllkrug-Weitzel
Ulrich Lilie

- 3 Anpassung statt Abschottung**
Internationale Migration gestalten
Johannes Brandstätter und
Sophia Wirsching
- 6 Ein Denkmal für Migration**
Böhmisch-Rixdorf bei Berlin
Gyburg Beschnidt
- 7 Den Wettlauf nach unten stoppen**
Schutz von Wanderarbeitern
Hildegard Hagemann
- 8 „Eine Unterstützungsstruktur für Migranten“**
Interview mit Johannes Flothow
- 10 Weit vorgelagerte Abwehr**
Migrationspolitik und ihre Folgen
Stephan Dünnwald
- 12 Stolz darauf, ein Migrant zu sein**
Eine afrikanische Perspektive
Samir Abi
- 14 Ein Sieg für Erwi, ein Sieg für alle!**
Hintergründe zur Kampagne für
Erwiana Sulistyarningsih
Ramon Bultron und Eni Lestari
- 15 Migration von der Basis her gestalten**
Ein kirchliches Netzwerk
Mervin Sol H. Toquero und
Liberato Bautista
- 17 Zentralasien in Bewegung**
Nichtstaatliche Organisationen verteidigen die Rechte von Arbeitsmigranten
Gulzat Temirova
- 18 Entwicklungsland Deutschland**
Die Gemeinwesenarbeit der Diakonie
Johannes Brandstätter
- 20 Rassismus in Deutschland**
Wenn die Aufnahmegesellschaft Integration verweigert
Vassilis S. Tsianos
- 22 Mantra und Leerformel**
Wenn von „Fluchtursachen bekämpfen“ geredet wird
Boniface Mabanza

Dubai, Vereinigte Arabische Emirate:
Ausländische Bauarbeiter warten
nach Feierabend auf den Bus. Mehr
als 80 Prozent der Einwohner des
Golfstaates sind Eingewanderte.



Anpassung statt Abschottung

Internationale Migration politisch gestalten

| Johannes Brandstätter
und Sophia Wirsching

Die moderne Welt ist auf Vernetzung und Austausch angewiesen. Migration lässt sich durch Unterdrückung und Barrieren nicht abstellen. Daher bleibt der Politik nur die „Anpassung“ an die migrationspolitischen Dynamiken. Sie kann steuern, moderieren, begleiten und gestalten, aber nicht generell verhindern.

Die Vereinten Nationen erfassen als Migrantinnen und Migranten Personen, die sich für mindestens ein Jahr in einem anderen Land aufhalten. Für 2015 schätzten sie ihre Zahl auf 244 Millionen, Geflüchtete eingeschlossen. Rund die Hälfte davon sind Frauen. Migration schließt Menschen ein, die fliehen oder in andere Länder ziehen – ob legal oder irregulär, ob gezwungenermaßen oder freiwillig, ob um zu arbeiten, zu studieren oder zu Familienangehörigen nachziehen zu können. In eine Migrationsentscheidung fließen oft persönliche, familiäre und wirtschaftliche Aspekte ein.

Wer arm, mittellos, gesundheitlich oder altersbedingt geschwächt ist und über keine

persönlichen Netzwerke verfügt, wird bleiben, wo sie oder er ist. Wer in stabilen Verhältnissen lebt und mit der eigenen Situation halbwegs zufrieden ist, wird sich ebenfalls scheuen, die Mühen und Risiken des Auswanderns auf sich zu nehmen. Das trifft auf die große Mehrheit aller Menschen zu. Daher haben auch nur etwa 3,4 Prozent der Weltbevölkerung ihr Herkunftsland verlassen, um zeitweise oder dauerhaft andernorts ihr Auskommen zu suchen. Der Trend zum Auswandern ist auch langfristig recht stabil; die Mig-

Auslöser von Flucht und Migration

Krieg und Konflikt als Fluchtursachen scheinen zunehmend ins Gewicht zu fallen: Die Konflikte im Nahen Osten verharren auf einem anhaltend hohen Eskalationsniveau, auch Afghanistan kommt nicht zur Ruhe, in vielen Ländern des Arabischen Frühlings haben sich die Hoffnungen auf freie und demokratische Gesellschaften zerschlagen. Die Ukraine ist Schauplatz eines Machtkampfs zwischen der EU und Russland. Zahlreiche Konfliktherde in Afrika machen Menschen zu Flüchtlingen und Binnenvertriebenen.

- Auch die Folgen des Klimawandels wie Degradation der Böden, Anstieg des Meeresspiegels oder Zunahme von Wetterextremen führen zu Vertreibungen, die zukünftig auch grenzüberschreitend werden können.
- Wirtschaftliche Krisen, Arbeitsplatzmangel und unerwartete Marktentwicklungen, wie etwa der Verfall des Erdölpreises, prägen Migrationsentscheidungen zum Beispiel in Russland, Nigeria oder Venezuela.
- Durch internationale Handelsliberalisierungen werden an manchen Orten Märkte zerstört, Arbeitsplätze gehen verloren und wirtschaftliche Unsicherheit wächst. Demgegenüber entstehen in Exportländern wie Deutschland neue Arbeitsplätze und ein Bedarf an internationalen ausländischen Arbeitskräften.
- Die Mobilität nimmt zu: Kommunikationsnetze umspannen die Welt, Arbeitsmärkte verbinden sich immer stärker, Reise- und Transportkosten sinken, die Kluft zwischen Reich und Arm wächst.

rationsbevölkerung wächst nicht schneller als die gesamte Weltbevölkerung.

Die Mehrzahl aller Migrantinnen, rund 150 Millionen, ist den Erhebungen der Internationalen Arbeitsorganisation zufolge zur Arbeitsaufnahme ins Ausland gegangen.

Personen aus Entwicklungsländern, die versuchen, in Länder des globalen Nordens zu gelangen, um Geld zu verdienen, gehören in der Regel nicht zu den ganz Mittellosen.

Vielmehr sind sie häufig vergleichsweise gut ausgebildet und können die finanziellen Ressourcen aufbringen, die zur Überwindung internationaler Grenzen notwendig sind. Das bedeutet: Nicht nur eine Verschlechterung von Lebensbedingungen, sondern auch neue Möglichkeiten zur Mobilität, die sich aus einem Entwicklungsfortschritt ergeben, können Anlass für Auswanderung sein.

| Komplexe Wechselwirkungen mit Entwicklung

Inwiefern ist Migration nützlich oder schädlich für Entwicklung? In Ländern mit Geburtenüberschuss kann Auswanderung zumindest vorübergehend zu einer Entlastung von Bildungs- und Arbeitsmarkt beitragen. Anders ist die Situation für Länder mit einem hohen Anteil älterer Bevölkerung. Hier kann Auswanderung zur Schwächung der Wirtschaft und staatlicher Funktionen führen. In beiden Fällen ist sie als unmittelbarer Verlust zu bewerten, wenn Hochqualifizierte, zum Beispiel Ärzte, das Land verlassen, zumal wenn es für sie im Herkunftsland einen Arbeitsplatz gäbe. In Ost- und Südosteuropa lassen sich gravierende gesellschaftliche Veränderungen durch Abwanderungen in den als überlegen empfundenen Westen feststellen. Kirchliche und diakonische Partner sind davon erheblich betroffen.

Migration wird jedoch zunehmend auch als Faktor gesehen, der der Entwicklung und der Wirtschaft förderlich ist – und das nicht nur im globalen Süden. Allein im Jahr 2015 beliefen sich laut Weltbank die Rücküberweisungen in Entwicklungsländer weltweit auf über 430 Milliarden US-Dollar, viel mehr als das weltweite Aufkommen der offiziellen Entwicklungshilfe. Entsprechend groß ist die Aufmerksamkeit für diese privaten Finanzströme. Inwieweit sie allerdings tatsächlich zu einem Katalysator für nachhaltige Entwicklung werden können, hängt von vielen, nicht nur wirtschaftspolitischen Faktoren ab. Welchen Platz werden die Herkunftsländer in der internationalen Arbeitsteilung zukünftig einnehmen? Wie erfolgreich sind die afrikanischen oder osteuropäischen Diaspora-Gruppen in Europa und Asien? Worauf wird zukünftig ihr Zugehörigkeitsgefühl stärker ausgerichtet sein, auf das Herkunftsland oder ihr Aufenthaltsland?

Foto: Thomas Lohnes



Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit muss es sein, nüchtern sowohl Chancen als auch Risiken internationaler Migration für die Menschen selbst sowie für die Herkunftsländer in den Blick zu nehmen. Im Katalog der neuen globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) fordert SDG 10 bessere Rahmenbedingungen für eine „geplante und gut gelenkte Migrationspolitik.“ Das muss auch entwicklungspolitische Aufgabe sein.

| Kontroverse Bewertung von Migration im globalen Norden

Die internationalen Wanderungsbewegungen berühren Interessen aufnehmender Gesellschaften auf vielfältige Weise. Zuwanderung mildert die Alterung der Gesellschaften zum Beispiel in Westeuropa ab und ist aus Sicht von Wirtschaftsverbänden im Interesse der europäischen Wirtschaft. Doch in Teilen der Bevölkerung lösen Schutzsuchende und Einwandernde Ängste und Ablehnung aus. In vielen Ländern lassen sich Risse in der Gesellschaft beobachten, die nicht einfach zu erklären sind. Auffassungen von Diversität, Teilhabe und Solidarität, die die Erfahrungen des Verbindenden und der übergreifenden gemeinsamen Interessen sichtbar machen, stehen zunehmend Ideologien gegenüber, die auf starken Bedürfnissen nach Sicherheit und Autorität und auf sozialer, ethnischer, rassistischer oder religiös konnotierter Aus- und Abgrenzung beruhen.



Bu Song Xi, eine chinesische Pflegerin, betreut im Seniorenpflegezentrum „Am Wasserpark“ in Frankfurt am Main eine Bewohnerin. Sie wird im Rahmen eines Pilotprojekts des Arbeitsverbandes Pflege eingesetzt. In Deutschland fehlen 30.000 ausgebildete Pflegefachkräfte.

Das macht deutlich: Das alltägliche Leben ist nicht durch eine homogene Identität geprägt, sondern durch vielfältige (Teil-)Identitäten, die über nationale und kulturelle Trennungslinien hinwegreichen. Diese Teilidentitäten betreffen die verschiedensten Lebensbereiche, von Bildungsidealen, Konsumvorstellungen, Familienentwürfen bis zu sexuellen Identitäten. Migration kann bewirken, dass neue Wertsetzungen und Identitäten, aber auch Negativprojektionen entstehen. Diesem Verständnis der modernen und urbanisierten Gemeinwesen als Gesellschaft der Vielfalt folgt auch die Evangelische Kirche in Deutschland (siehe den Literaturhinweis unten).

| Chancen für multilaterale Ansätze?

Die Vereinten Nationen haben am 18. Dezember 1990 die Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmenden und ihrer Familienangehörigen verabschiedet. Die Konvention wurde allerdings bisher fast ausschließlich von klassischen Herkunftsländern ratifiziert und hat die für das Inkrafttreten erforderliche Mindestzahl von zwanzig Ratifikationen erst 2003 erreicht. Die meisten Zielländer beziehungsweise die Industriestaaten lehnen eine Ratifizierung bisher ab (siehe den Beitrag von Hildegard Hagemann).

2005 warb die von UN-Generalsekretär Kofi Annan initiierte Weltkommission für Migration und Entwicklung dafür, die Potentiale von Migration für Entwicklung anzuerkennen und in politische Konzepte zu über-

führen. Seitdem kommt es in unregelmäßigen Abständen zu sogenannten hochrangigen UN-Dialogen zum Zusammenhang von Migration und Entwicklung. Auch gibt es die jährliche Staatenkonferenz „Globales Forum für Migration und Entwicklung“, Ende dieses Jahres in Bangladesch und im Sommer 2017 unter deutschem Vorsitz in Berlin, bei der sich Staaten unverbindlich über internationales Migrationsmanagement und konkrete Projekte austauschen.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat außerdem zu einem hochrangigen Gipfeltreffen im September 2017 eingeladen, das den zukünftigen Umgang der internationalen Staatengemeinschaft mit Migration und Flucht langfristig besser gestalten soll. Der Gipfel stellt einen neuerlichen Anlauf dar, einerseits die internationale Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen zu bekräftigen und zusätzlich die meist fragmentierten, nationalen Migrationspolitiken entwicklungsförderlich im Sinne der Agenda 2030 zu gestalten.

| Migration als Entwicklungsthema im Blick

Für Brot für die Welt und die Diakonie Deutschland ist das Thema der globalen Migration vor dem Hintergrund der Arbeitsergebnisse der Weltkommission für Migration und Entwicklung 2005 und der zunehmenden Menschenrechtsverletzungen gegenüber Migrantinnen und Migranten durch die massive Abschottungspolitik als Entwicklungsthema in den Blick gerückt. 2012 haben beide Werke zusammen mit der Kirchlichen Konferenz für Migranten in Europa (CCME) die „Leitlinien Arbeitsmigration und Entwicklung“ verabschiedet, mit denen sie die Perspektiven der Menschen selbst wiedergeben und Weitsichtigkeit und Vernunft in die Debatte einbringen wollen. Daraus lassen sich verschiedene Grundsätze ableiten.

So sollten Migrantinnen und Migranten darin unterstützt werden, ihre eigenen Lebenspläne und Ziele zu verfolgen. Migrationswillige müssen ihre Rechte kennen und einfordern können. Als Arbeitnehmende müssen sie geschützt sein vor Ausbeutung und Missbrauch. Möglichkeiten der unab-

hängigen Beratung müssen zugänglich sein, um Migrationsentscheidungen auf einer umfassenden Informationsgrundlage treffen zu können.

Arbeitsmärkte müssen für international Arbeitssuchende flexibel zugänglich sein, nicht nur für Hochqualifizierte. Anwerbestrategien wirtschaftlich starker Länder dürfen allerdings nicht zu Lasten der Herkunftsländer gehen. Wenn wirtschaftlich starke Länder Ärzte, Pflegepersonal oder andere Fachkräfte aus dem Ausland anwerben, um Bildungs- und Ausbildungskosten oder Gehaltskosten zu sparen, und dabei Engpässe in den Herkunftsländern entstehen („Brain Drain“), bedarf es entwicklungsfördernder Maßnahmen, die dem Verlust von Arbeitskräften und ihrem Know-how entgegensteuern. Die Anwerbeländer sollten Maßnahmen ergreifen, die die Störungen in den Herkunftsländern ausgleichen. Und nicht zuletzt muss soziale Arbeit auch politisch und von Anwaltschaftsarbeit begleitet sein, um strukturelle Hindernisse von Teilhabe wie zum Beispiel rassistische Strukturen in Frage zu stellen und zu überwinden. | |

Literatur

EKD-Kirchenamt (Hg.), Christlicher Glaube und religiöse Vielfalt in evangelischer Perspektive, Hannover 2015



Johannes Brandstätter ist Referent für migrationspolitische Grundsatzfragen im Zentrum für Migration und Soziales der Diakonie Deutschland.



Sophia Wirsching ist Referentin für Migration und Entwicklung in der Abteilung Politik von Brot für die Welt.

Ein Denkmal für Migration

Böhmisch-Rixdorf bei Berlin war im 18. Jahrhundert ein Ort der Einwanderung – und der Auswanderung



Foto: jkb, GFDL / CC-by-SA

Ankunft der Böhmen in Rixdorf.
Tafel an der Statue von Friedrich Wilhelm I.,
Böhmisch-Rixdorf, Berlin.

huten wurden auch bei Gottesdiensten im Freien Blasinstrumente benutzt. Zinzendorf investierte viel Zeit für Gespräche, um die Spannungen in Herrnhut auszuräumen. Ein Mittel waren dabei die Losungen, ein Bibelwort, das wie eine Parole beim Militär benutzt wurde und gleichzeitig Weisung für das gemeinsame Leben sein sollte. Die Losungen wurden 1731 gedruckt, damit man sie bei der Migration mitnehmen konnte.

So entschlossen sich 1732 zwei Migranten aus Herrnhut, in die Karibik zu emigrieren: Leonhard Dober (1706-1766, ein Töpfer aus Franken) und David Nitschmann (1696-1772, ein Zimmermann aus Mähren). Sie hatten von einem „Kammermohr“ am dänischen Königshof von der Not der Sklaven auf den Zuckerrohrinseln gehört. Fast mittellos machten sie sich – wie viele andere später – auf den gefährlichen Weg, um benachteiligten Bevölkerungsgruppen weit entfernt zu helfen. Und nicht nur für sie wurden die Losungen wichtig. Heute werden sie in über 50 Sprachen übersetzt. Kein anderes Andachtsbuch ist so weit verbreitet.

Böhmisch-Rixdorf ist ein Ort der Migration, ein Ort der Einwanderer, die vieles aus ihrer Heimat mitgebracht haben, das für Berliner heute „dazugehört“ – und ein Ort der Auswanderung zu anderen Menschen, die Hilfe in ihrem Freiheitskampf brauchten. Die Kirche vor Ort hat „Migrationshintergrund“. Vielleicht ist darum Gastfreundschaft besonders wichtig – und ein Gebet aus Herrnhut: „Komm, Herr Jesus, sei du unser Gast – und segne, was du uns bescheret hast“.



Pastorin
Dr. Gyburg Beschnidt
ist Geschäftsführerin der
Diakonischen Arbeitsgemeinschaft evangelischer
Kirchen.

| Gyburg Beschnidt

Öffentliche Erinnerungsorte für Migration sind selten. Im Bezirk Berlin-Neukölln jedoch steht ein Denkmal für Friedrich Wilhelm I., gestiftet von den „dankbaren Nachkommen der hier aufgenommenen Böhmen“. In Rixdorf bei Berlin, im heutigen Neukölln gelegen, siedelten sich 1737 ungefähr 350 Menschen auf Einladung des „Soldatenkönigs“ an. Denn in ihrer alten Heimat wurden sie als Protestanten verfolgt.

Bezweifeln kann man, dass die Geflüchteten aus Böhmen und Mähren so gut gekleidet und bepackt ankamen wie auf dem Relief dargestellt. Sie hatten Jahrzehnte der Verfolgung und den Verlust ihres Besitzes hinter sich. Oft waren sie einzeln und heimlich geflüchtet, ohne viel mitnehmen zu können. Neben Familien kamen auch viele einzelne Personen.

In Herrnhut, wo Graf Nikolaus von Zinzendorf 1722 bereits vielen ein neues Zuhause ermöglicht hatte, konnten die Evangelischen aus Böhmen und Mähren nicht alle bleiben. Manche zogen in die Berliner Friedrichstadt,

andere nach Nova Wes bei Potsdam. In Rixdorf waren sie dankbar für die neun Doppelhäuser für 18 Familien und weiteren Wohnungen in den Scheunen. Man durfte sich selbst verwalten und konnte die eigene Sprache benutzen – und einige Nachfahren sprachen bis 1940 Tschechisch! Es entstanden drei Gemeinden, die Evangelisch-reformierte Bethlehemsgemeinde, die Evangelisch-böhmisch-lutherische Bethlehemsgemeinde und die Evangelische (Herrnhuter) Brüdergemeine. Der Friedhof wurde gemeinsam benutzt. Endlich konnte man den Glauben so leben, wie man sich das gewünscht hatte. Viele Gründe, um dankbar zu sein – wie noch die Nachkommen wussten.

Was hatte der Soldatenkönig von seinen neuen Untertanen? Aus Böhmen und Mähren waren gute Handwerker gekommen, für die Bildung wichtig war, denn einer ihrer Bischöfe war Johann Amos Comenius gewesen. (Darum gibt es in Rixdorf einen Comenius-Garten.) Unter den Geflüchteten existierten verschiedene evangelische Gruppen. Es wurde 1727 in Herrnhut als Wunder angesehen, dass man miteinander Abendmahl feiern konnte. Mitgebracht wurde auch die Musik aus der alten Heimat: Bis dahin war Blasmusik nur beim Militär üblich. Bei den Herr-

Den arbeitsrechtlichen Wettlauf nach unten stoppen

Das UN-Übereinkommen zum Schutz von Wanderarbeitenden muss ratifiziert werden

| Hildegard Hagemann

Am 18. Dezember 2015 ist die Internationale Konvention über die Rechte von Wanderarbeitenden und ihren Familien (ICRMW) 25 Jahre alt geworden. Ein Jubiläum ist ein angemessener Moment, um sowohl Vergangenes zu reflektieren als auch die Zukunft zu planen. Welche Bedeutung kommt der Konvention in Zeiten fortschreitender wirtschaftlicher Globalisierung zu?

Der erste Blick entlarvt: Bisher haben nur 48 Länder der internationalen Staatengemeinschaft die ICRMW ratifiziert. Die meisten davon sind sogenannte Entsendeländer wie die Philippinen, Bangladesch, Türkei, Marokko und Mexiko.

Die Gründe dafür liegen in der Entstehungsgeschichte der UN-Konvention. Sie wurde erst verhandelt, nachdem in den Industrieländern die Nachfrage nach sogenannten Gastarbeitern abgeflaut war und das Ende des Kalten Krieges zu einem neuen Schub von Migrationswilligen geführt hatte. Die Entsendeländer entwickelten eine Sensibilität für die Arbeitsbedingungen ihrer Staatsangehörigen, die als Wanderarbeitende ihr Einkommen verdienen und durch Rücküberweisungen in Gesundheit und Bildung ihrer Familienangehörigen investierten. Die Industrieländer dagegen setzen auf die Abschottung ihrer Beschäftigungsmärkte. Dennoch führten die Verhandlungen zu einem Text, der über die völkerrechtlichen UN-Pakte hinaus Wanderarbeitenden und ihren Familien Schutz verschafft, jedoch ohne ihnen einen regulären Aufenthaltsstatus zu geben.

Deutschland hat die ICRMW nicht ratifiziert und begründet das damit, dass die Rechte von regulären Wanderarbeitern grundlegende Menschenrechte sind, daher in der Verfassung gewährleistet würden. Ein weiterer Grund: Auch irreguläre Wanderarbeiter seien in die ICRMW eingeschlossen. Kritisch gesehen wird außerdem der Schutz des Familiennachzugs.

In Zeiten wirtschaftlicher Globalisierung und hoher Mobilität kommt Migrantinnen und

Foto: Joe Catron (CC BY-NC 2.0)



Migranten eine größer werdende Bedeutung in den globalen Wertschöpfungs- und Lieferketten zu. Dass Wanderarbeiter im Baugewerbe oder in der Fleischverarbeitung beschäftigt werden und Migrantinnen als Hausangestellte, ist heute auch in Deutschland normaler Bestandteil der wirtschaftlichen Abläufe und des gesellschaftlichen Gefüges. Wanderarbeiter und Wanderarbeiterinnen sind jedoch durch sprachliche, soziale und kulturelle Hindernisse der Gefahr ausgesetzt, ausgebeutet und unter- oder gar nicht bezahlt zu werden. Ihr unsicherer arbeitsrechtlicher Status wird oft als wettbewerbsrelevanter Faktor ausgenutzt. Nicht umsonst wird zum Beispiel die deutsche Fleischindustrie von den europäischen Nachbarn des Lohndumpings beschuldigt. Die Rechte von Wanderarbeitenden und ihren Familien sind nicht ausreichend geschützt; das trägt dazu bei, dass ihre oft skandalöse Arbeitssituation nicht geahndet wird.

Immer wieder werden Skandale öffentlich: unterschlagene Bezahlung von Bauarbeitern, miserable Unterbringung von in der Nahrungsmittelproduktion tätigen Saisonarbeitenden sowie lange Arbeitszeiten von Hausangestellten. Auch in Deutschland, unmittelbar vor der Haustür, geschieht das. Angesichts dieser menschenrechtsverletzenden Verhältnisse ist es höchste Zeit, die Anstrengungen zur Ratifizierung des Internationalen

Demonstranten fordern am 1. Mai 2016 in New York gleiche Rechte auch für Wanderarbeitende.

Übereinkommens zum Schutz der Rechte von Wanderarbeitenden und ihrer Familien auch in Deutschland und Europa zu verstärken. Denn durch internationale Abkommen kann und muss der arbeitsrechtliche Wettlauf nach unten unterbunden werden. Nationale Gesetze wiederum können immer besser, dürfen aber nie schlechter sein als Übereinkommen der UN oder der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die seit fast 100 Jahren Völkerrecht schafft. Sie feierte ebenfalls im Jahr 2015 den 40. Geburtstag des Übereinkommens C143, das einen Rechtsrahmen für Wanderarbeitende schafft, aber leider bisher auf einem gleich niedrigen Niveau in nationales Recht umgesetzt wurde. Höchste Zeit, die Übereinkommen wieder auf die beschäftigungspolitische Agenda zu setzen! | |



Dr. Hildegard Hagemann ist Referentin des Sachbereichs Entwicklung der Deutschen Kommission Justitia et Pax.

„Eine Unterstützungsstruktur für Migranten“

Interview mit Johannes Flothow über die Zusammenarbeit der Sozialen Dienste in Europa

Migration findet statt, ob die Regierenden wollen oder nicht. Wie kann man sie gestalten, und woran sollte sich das orientieren?

Wir müssen viel mehr dafür tun, um Migranten vor und in der Phase der Migration zu stärken. Dazu müssen unabhängige Beratungsstellen in den Herkunftsländern aufgebaut werden, die Information, Beratung, Begleitung und Unterstützung für alle an Migration interessierten Menschen anbieten, unabhängig von deren Motivation oder deren möglichem Rechtsstatus in Deutschland. In Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen in Deutschland und in anderen europäischen Zielländern sollte eine hilfreiche Unterstützungsstruktur für Migranten entstehen. Zu der kann auch beitragen, dass wir konkrete Wege der sicheren und fairen Migration nach Deutschland anbieten, so wie wir es mit einem kosovarischen Partner im Rahmen eines Ausbildungsprojekts zur Altenhilfefachkraft entwickelt haben. 81 junge Kosovarinnen und Kosovaren nehmen daran inzwischen teil.

Wenn Menschen ihre Heimat gen Westen verlassen – bedeutet das nicht einen „Brain Drain“, einen Verlust der Köpfe, die für das eigene Land gebraucht werden?

Natürlich schmerzt die Auswanderung junger, oft gut qualifizierter Menschen jede Familie, jede Gemeinde und jedes Land. Aber in vielen Ländern sind die jungen Menschen trotz mehrfacher Ausbildungen oder Studienabschlüsse arbeitslos. Das demoralisiert sie. Wenn ich auf die Erfahrungen in unserem Ausbildungsprojekt schaue, dann stehen die Familien hinter der Auswanderung zur Ausbildung im Ausland, denn dies scheint vielen der einzige Weg zu sein, eine auskömmliche und qualifizierte Arbeit zu finden. Viele Familienangehörige fragen bei uns an, ob auch ihre Kinder an dem Ausbildungsprojekt teilnehmen könnten. Ein Teilnehmer – ein junger Mann – meinte zu seinem Leben als Azubi in der Altenpflege: Er habe jetzt sein Leben und seine Würde wieder gefunden. Auch Politiker vieler Herkunftsländer haben inzwischen umgedacht, denn die hohe Zahl



Foto: privat

Johannes Flothow ist seit 1982 als Referent in der internationalen Migrationsarbeit der Diakonie Württemberg tätig. Er leitet dort das Projekt Fair Care.

von arbeitslosen jungen Menschen kann eine schwer zu kontrollierende Dynamik im politischen Protest entwickeln.

Gibt es bei Ihren osteuropäischen Partnern Offenheit gegenüber Migration?

Im November 2015 haben sich Vertreter kirchlicher und diakonischer Einrichtungen aus Rumänien und Deutschland zu einem Dialog über Migration getroffen. Wir hörten, dass die Auswanderung die Gemeinden verändere. Schulen im ländlichen Raum müssen geschlossen werden. Familien gehen in die Brüche, weil Ehepartner langfristig im Ausland arbeiten. Kinder werden nicht mehr von ihren Eltern erzogen, sondern landen als Eurowaisen oder Sozialwaisen bei entfernten Verwandten oder in Kinderheimen.

Die Bischöfe der Evangelischen Kirche in Rumänien und der Reformierten Kirche in Rumänien unterstrichen, dass die Kirchen die Herausforderungen der Auswanderung annehmen müssten. Dazu gehöre, über neue Formen der Zusammenarbeit im Bereich der Ausbildung und der Personalsicherung für soziale Dienste zu sprechen. Auch in der grenzübergreifenden Beratung von mobilen Arbeitnehmern oder von Rückkehrern liegen neue diakonische Aufgaben.

Aber kirchliche Einrichtungen haben echte Probleme, wenn ihre Fachkräfte wegziehen nach Deutschland. Das dürfen Sie ja nicht ignorieren.

Menschen machen sich auf den Weg nach Westeuropa, um Arbeit zu finden, mit der sie ihren Lebensunterhalt sichern können. Leider erreichen uns inzwischen Nachrichten, dass karitative Einrichtungen, die in den letzten 20 Jahren auch mit Unterstützung aus dem Westen aufgebaut wurden, durch die schlechte Sozialpolitik Rumäniens und die Auswanderung der Mitarbeitenden bedroht sind. Deshalb unterstützen wir vereinzelt Einrichtungen mit Lohnzuschüssen, damit sie ihre Beschäftigten von der Auswanderung abhalten können. Wir zahlen aber auch Zuschüsse an Einrichtungen, weil der rumänische Staat seiner Verpflichtung der Kofinanzierung der Sozialen Dienste nicht nachkommt. Aber wir brauchen eine größere Perspektive.

Wir suchen nach Wegen der Zusammenarbeit, die beiden Seiten helfen. Das könnten gemeinsame Ausbildungsprojekte mit Rumänien sein. Dabei ginge es nicht nur um Personalgewinnung aus dem Ausland oder um Geld, sondern auch um den Austausch von Erfahrungen und Know-how oder von Konzepten der Versorgung älterer Menschen im ländlichen Raum.

Aber was tun, wo es solche Ausbildungspartnerschaften nicht gibt?

Ausbildung von Fachkräften kann man durchaus als eine Dienstleistung sehen, die vom Abnehmer zu finanzieren ist. Bisher erhalten Deutschland und Europa die qualifizierten Arbeitnehmer ja kostenlos. Unsere diakonischen Partner in Osteuropa tun sich sehr schwer, die Vermittlung von Fachkräften als wirtschaftliche Tätigkeit zu sehen. Vielleicht können wir über eine freiwillige Ausbildungsabgabe reden. In jedem Fall wäre es schön, wenn die Zivilgesellschaften, die zurzeit Fachkräfte abgeben müssen, für diesen Verlust und für ihren Aufwand finanziell entschädigt würden. Natürlich dürften nicht irgendwelche staatlichen Stellen so

eine Abgabe kassieren. Sie müsste zweckgebunden verwendet werden, also wieder für die Ausbildung und für die Stützung des sozialen Sektors in den Herkunftsländern.

Ist die liberalisierte Beschäftigungsverordnung hilfreich?

Ich begrüße sehr die neuen Möglichkeiten für Drittstaatsangehörige, legal nach Deutschland einreisen zu können, sei es um als Fachkraft in einem Mangelberuf zu arbeiten, sei es, um eine Ausbildung in Deutschland zu machen. Diese neuen Regelungen haben eine Tür geöffnet. Ich habe erlebt, wie hart junge Menschen für diese Chance arbeiten. Das berührt mich sehr. Deshalb wünsche ich mir, dass diese Regelungen möglichst nicht im Rahmen der Flüchtlingspolitik eingeschränkt werden, sondern ein dauerhaftes Angebot der legalen Migration bleiben. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die jungen Menschen auf diesem Weg sowohl im Herkunftsland als auch im Zielland Deutschland eine gute Information, Beratung und Unterstützung erhalten. Auch mit guten Ausbildungsprogrammen oder Vermittlungsstrukturen könnten wir helfen.

Wie passen Migration und Entwicklung zusammen?

Junge Menschen begegnen ihrer individuellen Perspektivlosigkeit im Herkunftsland, indem sie sich als Fachkraft oder als Azubi auf den Weg machen. Das ist ihr Recht. Natürlich bekämpft das nicht die Ursachen der Abwanderung. Dafür braucht es sehr umfassende Änderungen in der Politik.

Migrantinnen und Migranten verlassen ihr Land, weil sie nicht (mehr) an eine Veränderung glauben. Akteure einer Veränderung sind eher die Daheimbleibenden – oder wie mir einige junge Frauen in Galatz in Rumänien auf die Frage, ob sie auch auswandern wollten, sagten: Wir sind die Optimisten, wir glauben noch daran, dass wir hier etwas verändern können. | |

Das Gespräch führte Johannes Brandstätter.

Foto: SABEV

Vorbereitet in Deutschland ankommen



„Vorbereitet und erfolgreich in Deutschland ankommen“ ist der Titel eines EU-geförderten Kooperations-Projekts der Diakonie-Landesverbände. Durchgeführt wird es gemeinschaftlich von sozialpädagogisch Tätigen in der Türkei, dem Kosovo und Deutschland. Es spricht Einwanderungswillige aus Staaten außerhalb der EU an, die nicht die gleichen Rechte auf Zuwanderung und Erleichterungen bei der beruflichen Integration haben wie Unionsbürger. Sie erhalten Informationen, wie sie legal einreisen können und wie das Visumverfahren funktioniert.

Die Projektteams in der Türkei und im Kosovo führen Gruppenberatungen durch, die die rechtlichen Rahmenbedingungen, das deutsche Bildungssystem und Landeskunde zum Inhalt haben. Die Teilnehmenden lernen, wie sie an die zur Alltagsbewältigung in Deutschland benötigten Informationen gelangen. Sie werden individuell beraten, wie die Familienzusammenführung, die schulische und berufliche Ausbildung,

Gruppenberatung in der Türkei.

die Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen und die Arbeitsplatzsuche am besten gelingen. Außerdem ermutigen die Beratenden dazu, die deutsche Sprache zu lernen, und vermitteln Deutschkurse.

Seit 2009 haben in der Türkei fast 7000 Personen an den Beratungen teilgenommen. Die Nachfrage ist auch im Kosovo sehr groß. Es herrscht in diesem Land große Arbeitslosigkeit, die Armut ist extrem. Gleichzeitig ist die Bevölkerung sehr jung, die jüngste des gesamten europäischen Kontinents. Allein 2015 interessierten sich über 800 junge Kosovaren für die Ausbildung, das Arbeiten und auch für das Freiwillige Soziale Jahr in Deutschland. Das Projekt „Vorbereitet ankommen“ ist gerade auch auf Bosnien-Herzegowina erweitert worden.

Jürgen Blechinger, Diakonie Baden

Weitere Infos: www.ailebirlesimi.de

Weit vorgelagerte Abwehr

Europäische Migrationspolitik und ihre Folgen für Entwicklung in den Herkunftsländern

| Stephan Dünwald

Sehr zu Recht setzt Europa im Inneren auf eine möglichst freie Mobilität. Sie ist Voraussetzung nicht nur für eine florierende Wirtschaft, sondern auch für ein wachsendes Verständnis für Menschen und Kulturen zwischen Nachbarstaaten. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zum Frieden. Dieser Bewegungsfreiheit wird jedoch ein fragwürdiger Begriff entgegengestellt: die „Sicherung der EU-Außengrenze“. Konkret heißt das, dass Flüchtlinge und andere Einwanderungswillige von den europäischen Grenzen ferngehalten werden.

Das Elend der Flüchtlinge in Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze war sichtbares Beispiel dessen, was es heißt, dass Europa seine Außengrenzen „sichert“. Nicht sichtbar ist hingegen die inzwischen weit vorgelagerte Abwehr von Migranten, Migrantinnen und Flüchtlingen weit vor den Grenzen der Europäischen Union.

Ein Beispiel dafür ist der sogenannte „Türkei-Deal“: Mit Versprechen wird ein Vertrag mit der türkischen Regierung geschlossen, der darauf hinausläuft, dass Flüchtlinge von der Türkei gehindert werden, an europäische Küsten zu kommen. Sie bleiben in der Türkei; einige wenige sollen die Erlaubnis bekommen, aus türkischen Flüchtlingslagern nach Europa zu kommen. Seit dem „Deal“ hat die Türkei ihrerseits die Grenzen zu Syrien geschlossen. Syrische, irakische oder afghanische Flüchtlinge können nun nicht mehr in die Türkei einreisen, sondern sitzen jenseits der türkischen Grenzen fest. Außerdem wirkt die Europäische Union auf die Türkei ein, dass die visumfreie Einreise in die Türkei, die viele Angehörige arabischer Länder genießen, drastisch eingeschränkt wird. Das würde auch die angeschlagene türkische Wirtschaft und ihre internationalen Geschäftsbeziehungen schädigen. Bewegungsfreiheit innerhalb

Foto: Magharebia (CC BY 2.0)



der Europäischen Union hat als wenig diskutierte Kehrseite, dass die EU andere Staaten unter Druck setzt, die Bewegungsfreiheit über ihr Territorium deutlich zu begrenzen.

| Geld für die Abwehr von Flüchtlingen

Der Türkei-Deal ist nicht das schäbigste Unterfangen der Europäischen Union. Eine ganze Reihe ähnlicher, wenn auch weniger spektakulärer Deals mit Staaten Nord- und Westafrikas wurde in den vergangenen zwölf Jahren geschlossen. Zuverlässig sorgen seitdem Marokko, Mauretanien, Senegal, Algerien oder Ägypten dafür, dass es für Migranten, Migrantinnen und Flüchtlinge schwierig bis unmöglich ist, ein Boot in Richtung Europa zu finden. Seit 2005 heißt diese europäische Migrationsabwehr „Globaler Ansatz zur Migration“. Einige Mitgliedstaaten arbeiten Hand in Hand mit den Gremien der EU, um Staaten dazu zu bringen, Flüchtlinge, die über ihr Land in die EU einzureisen versuchen, wieder zurückzunehmen. Das ist, vor allem wenn es sich nicht um die eigenen Staatsangehörigen handelt, eine unangenehme Verpflichtung. Entsprechend lässt es sich die Europäische

Union einiges kosten, um Herkunfts- und Transitstaaten zu Rückübernahmeabkommen zu bewegen.

Die Europäische Kommission und einzelne Mitgliedstaaten winken mit mehr Entwicklungshilfe für mehr Abschottung und Migrationskontrolle in Herkunfts- und Transitstaaten (der sogenannte „more for more“-Ansatz), alternativ wird bei widerspenstigen Staaten auch ein „less for less“ diskutiert. Staaten, die nicht kooperieren, sollen durch weniger Entwicklungsleistungen, Handelsbarrieren oder eine restriktivere Visumpolitik zur Zusammenarbeit gezwungen werden.

| Nicht wählerisch bei der Partnerwahl

Überrascht es, dass die Zusammenarbeit in der Abwehr von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen besonders gut mit Afrikas Diktaturen und autokratischen Regimen gelingt? Mauretanien ist hier ein gutes Beispiel. Der Militär- und Geheimdienstchef Ely Ould Mohamed Val war erst 2005 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen, da begann Spanien Verhandlungen über die Ab-

Links: Handschlag auf die Sicherung der mauretanischen Grenzen: EU-Vertreter Hans-Georg Gerstenlauer 2011 mit spanischen Sicherheitskräften in Nouakchott, Mauretanien. Rechts: Das Internierungslager „Guantanamo“ in Nouadhibou, mit europäischen Steuergeldern finanziert und nach Protesten geschlossen.

Foto: Sabine Eckart



schottung der mauretanischen Küsten, von wo einige Tausend Migrantinnen und Migranten mit dem Ziel "Kanarische Inseln" ablegten. Spanien installierte 250 Beamte der Guardia Civil in Mauretaniens Küstenstädten, aber die Arbeit machte die mauretanische Gendarmerie. In einer beispiellosen Kette von Razzien wurden Migranten und Migrantinnen aus den Nachbarstaaten aufgespürt, verhaftet und in ein von Spanien errichtetes Internierungslager gebracht. Anschließend wurden sie an die malische und die senegalesische Grenze deportiert.

Unterschiedslos traf dieses Schicksal auch die mehreren Zehntausend Migranten und Migrantinnen, die in Mauretanien arbeiteten und enorm notwendig sind für die schwache Wirtschaft des Landes. Durch die offizielle Jagd auf Migranten und Migrantinnen schlugen die latenten Spannungen zwischen der schwarzen und der maurischen Bevölkerung Mauretaniens um in offenen Rassismus. Spanien hatte seinen Erfolg. Waren 2006 noch etwa 30.000 Menschen auf

den Kanarischen Inseln angekommen, so kommt seit 2008 kaum noch jemand an. Die Grenze ist dicht, die Folgen trägt Mauretanien. Das Militär, das in dem Land noch immer die Fäden in der Hand hält, wurde gestärkt, die Regierung nach dem Putsch international legitimiert, die Gesellschaft ist zerrissen, und viele Migranten und Migrantinnen haben das Land verlassen. Dringend suchten Firmen in Mauretanien nun Arbeitskräfte für die fischverarbeitende Industrie, die Minen oder das Baugewerbe. Das von Spanien aus europäischen Töpfen gezahlte Geld floss in die Taschen der Militärs, der Bevölkerung kam es nicht zugute. Zivilgesellschaftliche Gruppen oder Migrantenorganisationen wurden nicht einbezogen.

| Die Menschenrechte werden zur Strecke gebracht

Die Migrationskontrolle in Afrika, die vor gut einer Dekade begann, wird derzeit beträchtlich ausgeweitet. Auch ostafrikanische Staaten sollen für Europa die Aus- oder Durchreise von Migrantinnen und Migranten verhindern, auch hier sind es Despoten und Dikta-

toren, mit denen die Europäische Union ins Geschäft kommen will. Sie hat dem Sudan Unterstützung in Höhe von mehreren 100 Millionen Euro zugebilligt, wenn der Staat keine Flüchtlinge mehr in Richtung Libyen passieren lässt. Die Organisation Human Rights Watch berichtete kürzlich von den ersten Effekten. Sicherheitskräfte machen seit einigen Wochen Jagd auf Menschen, die aussehen, als wären sie aus Eritrea. Sie werden verhaftet, ihre Aufenthaltskarten werden vernichtet, sie werden an die Grenze deportiert. Auch hier treffen die Maßnahmen weit mehr Menschen als diejenigen, die durch den Sudan in Richtung Europa unterwegs sind. Und auch hier wird Rassismus geschürt.

| Entwicklung?

Die Intensität, mit der europäische Staaten und die Europäische Union versuchen, ihre Migrationsabwehr auf den afrikanischen Kontinent zu verlagern, ist erschreckend. Die Europäische Kommission weiß, dass diese Geschäfte nicht sauber sind, und dringt auf absolute Vertraulichkeit der diese Verhandlungen betreffenden Dokumente. Die Europäische Union steckt in einem Dilemma. Die Toten im Mittelmeer weisen Europa viel Verantwortung zu. Da aber Europa nicht bereit ist, die Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten aufzunehmen, sollen sie in Herkunfts- und Transitländer zurückgedrängt werden. Afrikanische Staaten werden so zunehmend zu Gefängnissen, die Machthaber verdienen daran. Selbst wenn über diese Deals mehr Mittel zur Entwicklung in die afrikanischen Staaten fließen, so überwiegen doch die negativen Effekte für die betroffenen Gesellschaften. Während mehr Entwicklung nicht heißt, dass es weniger Migration gibt, so bedeutet ein Mehr an Migrationsbekämpfung doch ein Weniger an Entwicklung. | |



Dr. Stephan Dünnwald ist Migrationsforscher und Mitarbeiter des Bayerischen Flüchtlingsrats. Von 2009 bis 2014 forschte er am Centro de Estudos Africanos in Lissabon.



Stolz darauf, ein Migrant zu sein

Eine afrikanische Perspektive auf die europäische Migrationspolitik

| Samir Abi

Migration wird im öffentlichen Diskurs als gesellschaftliches Phänomen oder Bevölkerungsbewegung dargestellt. Darüber gerät fast in Vergessenheit, dass sich dahinter in erster Linie Individuen verbergen. Migranten sind Männer, Frauen, Kinder, Brüder, Schwestern. Sie sind schlicht und ergreifend Menschen, die sich zum Verlassen der Heimat gezwungen sehen.

Im Jahr 2015 verzeichneten die Vereinten Nationen knapp 250 Millionen Personen, die fernab ihres Geburtsorts lebten. Entgegen einer weitverbreiteten Meinung kommen diese Menschen jedoch sowohl aus dem Süden als auch aus dem Norden. So stammen beispielsweise aus Nigeria mit seinen 180 Millionen Einwohnern laut dem Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen weltweit nur eine Million Migranten, aus Deutschland und Frankreich hingegen vier beziehungsweise zwei Millionen, obgleich die Bevölkerungszahl beider Länder zusammengenommen

deutlich unter der Nigerias liegt. Diese Zahlen verdeutlichen den Irrglauben, der dem herrschenden europäischen Diskurs über eine vermeintliche Masseninvasion des Nordens aus dem Süden innewohnt.

Dieser Irrglauben schlägt sich selbst im Sprachgebrauch nieder: So wird im Falle Nigerias von Migranten, im Falle Deutschlands oder Frankreichs von Auswanderern gesprochen. Anstatt jedoch zuzulassen, dass derartige Ungerechtigkeiten den Norden und den Süden im Umgang mit Migration spalten, sollte sie vielmehr als globales Phänomen begriffen werden. Und es sollte gemeinsam darüber reflektiert werden, was all diese Menschen aus dem Norden wie auch aus

Dieses Hinweisschild zur Immigration im Grenzgebiet zwischen Mali und Mauretanien hebt die Bedeutung von Gastfreundschaft gegenüber Migranten hervor.

dem Süden dazu bewegt, ihr „sweet home“ und ihre Angehörigen zu verlassen und in die Ferne zu ziehen.

Jeder Migrant und jede Migrantin kann schildern und so nachvollziehbar machen, wie diese Erfahrung sein oder ihr Leben verändert hat. Als junger Student machte ich mir selbst große Sorgen um meine Zukunft, da in meinem Herkunftsland nahezu alle jungen Menschen arbeitslos waren. So beschloss ich eines Tages, mich auf den Weg zu machen und herauszufinden, was mir meine Zeugnisse aus dem Wirtschaftsstudium bringen würden. Ich hatte kein Geld und kein Ziel, lernte jedoch bereits in der ersten Begegnung im erstbesten Dorf, was es für das Leben eines Menschen bedeutet, zu migrieren. Der alte Mann, der in dieser ersten Nacht sein Haus und seinen Tisch mit mir teilte, obwohl er mich gar nicht kannte, fragte mich, was mich zu so einer langen Reise bewogte. Ich schilderte meinen Wunsch, mein Land kennenzulernen, um ihm besser dienen zu können. Überrascht von meiner Antwort, erzählte er mir eine Geschichte von unseren Vorfahren aus dem Afrika vor der Kolonialisierung. Der alte Mann erklärte mir, warum unsere Vorfahren gerne Migranten bei sich aufnahmen, die aus der Ferne kamen und zunächst als Fremde wahrgenommen wurden.

| Vielgereist und voller Reichtümer

Für sie war der Fremde eine Bereicherung, da er während seiner Migration das ganze Land erkundet hatte. Eine Person ohne Reiseerfahrung konnte für sie nicht an eine viel gereiste Person heranreichen. Eine vielgereiste Person hatte auf ihrem langen Weg zahlreiche Städte und Dörfer, Wälder und Seen, Berge und Landschaften entdeckt, die die Sesshaften nie zu sehen bekamen. Sie hatte andere Völker und Kulturen getroffen, die ihr ihre Kenntnisse mit auf den Weg gegeben hatten. Sie trug all die Gedanken in sich, die sie während ihrer langen Reise über die roten Lehmpfade entwickeln konnte, die unsere Dörfer damals durchzogen. Nehmen wir einen Fremden bei uns auf, dann nehmen wir eine Person voller Reichtümer bei uns auf, die all ihr Wissen mit uns teilen kann.

Mit dieser Geschichte hat dieser alte Mann mein Leben für immer verändert. Er hat mir deutlich gemacht, wie Migration die Einzelnen und die Welt bereichern kann. Der Wahnsinn einer Welt, in der das Geld zum Mittelpunkt unseres Lebens und zum Götzenbild unserer modernen Sehnsüchte geworden ist, degradiert den Migranten letztlich entweder zu einer Quelle des Geldtransfers für sein Herkunftsland, zu einem Investoren für sein Zielland oder zu einem Kriminellen, der Arbeitsplätze raubt und das Sozialsystem ausnutzt – anstatt in ihm den Anderen zu erkennen, der uns mit seiner Vielfalt und dem auf seinen langen Reisen angeeignetem Wissen bereichert.

Während seiner Reise leidet der Migrant. Er leidet darunter, seine Familie zu verlassen, durch unwirtliche Orte zu kommen, sich in einem anderen Umfeld zu befinden, andere Nahrung zu essen, die Sprache des Anderen nicht zu verstehen. Die moderne Migrationssteuerung verschärft dieses Leiden durch Visumpflicht und aufwändige Verfahren zur Bewilligung einer ganz normalen Reise. Als mich vor einigen Jahren ein europäisches Forum als Redner zum Thema Migration eingeladen hat, wurde mir das Visum verwehrt, weil ich „jung und alleinstehend“ war. Man kann sich seine Eltern nicht aussuchen, und ich hatte es mir nicht ausgesucht, in Togo geboren zu werden. Doch ebendiese Tatsache, auf dem falschen Kontinent geboren zu sein, führt dazu, dass die Zukunft unzähliger junger Menschen zerstört wird und ihre Bewegungen wegen dem „Risiko der illegalen Einwanderung“ verfolgt und kontrolliert werden.

Der EU-Afrika Gipfel zu Migration im maltesischen Valletta im November 2015 hat die Vorstellung von Migration als Übel und Risiko für die Menschheit weiter bestärkt. Das Europa der Aufklärung, das uns mit der humanistischen Philosophie Kants und Hegels durchtränkt hat, kehrt seinen eigenen Werten den Rücken zu und bezahlt afrikanische Diktatoren, die ihr eigenes Volk unterdrücken, damit sich junge Afrikaner nicht mehr frei auf ihrem eigenen Kontinent bewegen können. Dieser Deal kann von Menschen mit Solidaritäts- und Gerechtigkeitssinn nicht hingenommen werden. Das Gute in jedem Menschen und das Wissen um die Endlichkeit des Lebens erheben das Ideal der Gerechtigkeit zu

einer Notwendigkeit, die es zu verteidigen gilt. In unserem Zeitalter nicht gegen die Ungerechtigkeit gegenüber den Migranten zu kämpfen, bedeutet den Werten abzuschwören, die uns erst zu Menschen machen.

| Kritik an den Mängeln der europäischen Migrationspolitik

Diese Ungerechtigkeit kann jedoch für uneteiligte Menschen schwer zu erkennen sein, so dass sie aus schierer Unkenntnis Handlungen mittragen, die sie normalerweise verurteilen würden. Damit solidarisches Handeln mobilisiert werden kann, müssen die Betroffenen die Welt über diese Ungerechtigkeiten informieren.

Auch uns als Mitglieder des Westafrikanischen Migrationsobservatoriums (West African Observatory on Migration) kommt diese Verantwortung zu. Das Observatorium ist eine kritische Initiative afrikanischer Akteure, die trotz ihrer zahlreichen Bemühungen, den afrikanischen politischen Entscheidungsträgern die Mängel der ihnen auferlegten europäischen Migrationspolitik aufzuzeigen, kaum Gehör finden. Doch diese sozialen Akteure aus zehn verschiedenen westafrikanischen Ländern werden sich nicht davon abbringen lassen, ihre Kräfte zu bündeln und die Ungerechtigkeiten im Kontext der Migration in die Welt zu schreien. Deren Opfer sind Menschen, die das Pech hatten, in Afrika geboren zu werden. Es liegt nun an uns allen, dass diese junge Initiative das Licht der Aufklärung wieder dort zum Leuchten bringen kann, wo die Dunkelheit und die Unwissenheit Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verdecken versuchen. | |

Aus dem Französischen von Jo Schmitz und Martina Körner für *lingua•trans•fair*.



Samir Abi ist Ökonom, Leiter der NGO „Visions Solidaires“ in Togo und Sekretär des West African Observatory on Migration.



Ein Sieg für Erwi, ein Sieg für alle!

Hintergründe zu der Kampagne für Erwiana Sulistyaningsih

| Ramon Bultron und Eni Lestari

Der 10. Februar 2015 war der Tag, an dem Erwiana Sulistyaningsih endlich ihr Recht bekam. Erwi, wie ihre Freunde sie nennen, hat am eigenen Leib erlebt, wie es den Sklaven von heute ergeht. Im Mai 2013 kam die damals 21-Jährige aus Indonesien nach Hongkong und trat ihre Arbeitsstelle als Haushaltshilfe bei der Hongkongerin Law Wan-tung an – ohne zu ahnen, welche Qualen ihr bevorstanden.

Wie Erwiana Sulistyaningsih später vor Gericht ausführen sollte, litt sie unermesslich unter der Misshandlung durch ihre Arbeitgeberin. Ihr wurden Lohn vorenthalten, Arbeitspapiere nicht ausgehändigt, der vereinbarte Ruhetag verweigert. Nicht nur das, sie durfte nur vier Stunden am Tag schlafen; zu essen bekam sie ausschließlich Brot und Reis. Wenn sie bei ihrer Arbeit einen Fehler machte, wurde sie tätlich misshandelt. Einmal musste sie mitten im Winter ihre Kleider ausziehen und vor einem laufenden

elektrischen Ventilator stehen, nachdem man sie mit Wasser überschüttet hatte.

Wenige Monate nach ihrer Ankunft wandte sie sich hilfesuchend an die private Arbeitsagentur, die ihr die Stelle vermittelt hatte. Dort erhielt sie den Rat, sie solle zurückgehen und die Übergriffe ihrer Arbeitgeberin ertragen, schließlich sei sie zum Arbeiten hergekommen.

Im Januar 2014, nach einem langen Leidensweg, entschied Law Wan-Tung schließlich, ihr ihre Freiheit wiederzugeben. Man brachte Erwi zum Flughafen, von wo aus sie unmittelbar in ihr Heimatland abgeschoben werden sollte. Die Tochter ihrer Arbeitgeberin schminkte ihr Gesicht, um die Blutergüsse durch die Schläge zu überdecken. Weil Erwiana nicht zur Toilette gehen sollte, zwang man sie, eine Windel zu tragen, und weil sie kaum noch laufen konnte, wurde sie in einem Rollstuhl in die Abflughalle geschoben.

Indonesische Landsleute im Flughafen erschrakten derart über ihren mitleiderregenden Zustand, dass einer von ihnen Erwi fotografierte und das Bild über das Internet

verbreitete. Es löste in ganz Indonesien Empörung aus und wurde schließlich in Hongkong und der ganzen Welt bekannt.

| Der Funke springt über

Auch unter den Migranten in Hongkong verbreitete sich die Nachricht von Erwianas Situation. Sofort entschieden sich Mitglieder und Funktionäre der Vereinigung Indonesischer Migranten-Arbeiter (Asosiasi Buruh Migran Indonesia) und der Indonesischen Gewerkschaft für Migranten (Indonesian Migrant Workers' Union), sich des Falls anzunehmen.

Sobald Erwiana ihren Willen zum Ausdruck gebracht hatte, sich gegen ihre Misshandlung zu wehren, wurde ein breites Bündnis mit dem Namen „Gerechtigkeit für Erwiana, Gerechtigkeit für alle migrantischen Haushaltshilfen“ (J4EMDW) gegründet. Regionale und internationale Organisationen, die in Hongkong ansässig sind, schlossen sich an. Die Asiatisch-Pazifische Mission für Migrantinnen und Migranten (APMM) und die Internationale Allianz für Migrantinnen und Migranten, ein weltweiter Zusammenschluss von Migrantenorganisationen, halfen dabei,

Gerechtigkeit für Erwiana und alle migrantischen Hausangestellten fordern diese Demonstranten in Hongkong. Die Plakate zeigen Erwiana Sulistyarningsih. Sie wurde von ihrer Arbeitgeberin schwer misshandelt.

die internationale Öffentlichkeit auf das Problem aufmerksam zu machen. Sie ermittelten migrantischen Arbeiterinnen und Arbeitern, bei regionalen und überregionalen Aktivitäten über die Kampagne zu berichten.

APMM unterstützte Erwiana von Anfang an. Die Mission ist die älteste Hilfsorganisation für Einwanderer in Hongkong. Viele Protestaktionen waren nötig, um die Regierung von Hongkong dazu zu bringen, ein Verfahren vor Gericht zuzulassen. Cynthia Abdon-Tellez, eine Mitarbeiterin der APMM, besuchte Erwiana und ihre Familie in Zentraljava, um sich dort um die notwendigen Dokumente für die Gerichtsverhandlung zu kümmern.

Eine der renommiertesten Anwaltskanzleien Hongkongs nahm sich unentgeltlich des Falls an. Innerhalb eines Monats stellte sie eine Anzeige gegen Law Wan-tung. Daraufhin wurde Erwianas ehemalige Arbeitgeberin verhaftet und schließlich, nachdem sie eine Million Hongkong-Dollar (etwa 116.000 Euro) als Kaution hinterlegt hatte, wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Gericht verurteilte sie schließlich zu einer Gefängnisstrafe.

Das Gerichtsverfahren interessierte die Medien sehr. Dessen war sich die Kampagne „Gerechtigkeit für Erwiana, Gerechtigkeit für alle migrantischen Haushaltshilfen“ (J4MDW) bewusst. Die reflexartige Reaktion der Regierung bestand darin, das Problem zu einer rein juristischen Auseinandersetzung zu erklären und die strategischen politischen Forderungen der Kampagne zu ignorieren. Daher rückte das Netzwerk hinter J4MDW die notwendigen langfristigen politischen Veränderungen in den Mittelpunkt der Kampagne, zusätzlich zu der Forderung nach einem gerechten Gerichtsurteil für Erwiana.

Für J4EMDW war dies ein idealer Zeitpunkt, um eine alte Forderung an die Regierung Hongkongs zu erneuern: die Abschaffung von diskriminierenden aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen wie der, dass für Haushaltshilfen ein Wechsel des Arbeitsgebers an strenge Bedingungen geknüpft ist und sie zum Wohnen im Haus ihrer Arbeitgeber ver-

pflichten sind. J4EMDW forderte außerdem eine wirksame Aufsicht über Arbeitsvermittlungsgesellschaften, die die Rechte von Beschäftigten missachten.

Die Wucht und Reichweite der Kampagne führte dazu, dass das „Time Magazine“ Erwiana in ihre Rangliste der hundert einflussreichsten Frauen der Welt aufnahm. Ihr Sieg war für Erwiana aber nicht nur ein Erfolg für sich allein, sondern einer für alle ausländischen Haushaltshilfen. Sie gelangte zu der Erkenntnis, dass ihr Leidensweg kein Einzelfall war, sondern ein kleiner Einblick in die furchtbare Arbeitswirklichkeit, der viele eingewanderte Haushaltshilfen gegenüberstehen.

Mittlerweile studiert Erwiana Jura. Sie ist entschlossen, sich für andere indonesische Frauen einzusetzen, und für alle, die unter Diskriminierung, Misshandlungen und Gewalt zu leiden haben. Erwiana und viele andere werden sich nicht auf den Lorbeer ihres Sieges ausruhen. Der Kampf geht weiter. | |

Übersetzung aus dem Englischen von Matthias Becker.

Asia Pacific Mission for Migrants (APMM), www.apmigrants.org
International Migrants Alliance (IMA), <https://wearemigrants.net/>



Ramon Bultron ist Direktor der Asia Pacific Mission for Migrants und Präsident der World Association for Christian Communication für die Region Asien.



Eni Lestari hat als Hausangestellte in Hongkong gearbeitet und leitet gegenwärtig die International Migrants Alliance (IMA)

Migration von der Basis her gestalten

Ein kirchliches Netzwerk

| Mervin Sol H. Toquero und Liberato Bautista

Das Netzwerk Churches Witnessing With Migrants (CWWM) ist eine internationale Plattform zu Fragen der Migration. Sie bringt Kirchen, ökumenische Organisationen und Migranten aus Afrika, Lateinamerika, Europa, Nordamerika und Asien zusammen. Auf nationaler Ebene fördert CWWM die Zusammenarbeit mit und zwischen Basisorganisationen von Migranten.

Das Netzwerk geht zurück auf ein Treffen im Jahr 2008. Damals organisierten der Nationale Rat der Kirchen der Philippinen (National Council of Churches in the Philippines, NCCP) und Migrante International (eine Organisation philippinischer Arbeitsmigranten) einen Austausch mit Jorge Bustamante, dem damaligen UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte von Migranten. Auch Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen, der Kirchlichen Kommission für Migranten in Europa (Churches' Commission for Migrants in Europe, CCME) und leitende Geistliche der römisch-katholischen Kirche nahmen an dem Treffen teil. Jorge Bustamante betonte, dass den Kirchen eine große Bedeutung dabei zukommt, die Rechte und das Wohlergehen von Migranten zu gewährleisten. Er habe beobachtet, dass sich Migranten in sorgvollen und schwierigen Situationen häufig an die Kirchen wenden.

Dieser Gedankenaustausch führte zu dem Entschluss, eine internationale Plattform zu Fragen der Migration zu gründen, die sich insbesondere mit den Formen erzwungener Migration auseinandersetzen soll. So kam es, dass der NCCP und Migrante International das Netzwerk Churches Witnessing With Migrants (CWWM) aus der Taufe hoben. Sie bringt die Kirchen und ökumenische Organisationen, Migranten und karitative Organisationen aus Afrika, Lateinamerika, Europa, Nordamerika und Asien zusammen. Seit dem ersten Treffen in Manila hat das Bündnis in Athen, Mexiko-Stadt, New York, Stockholm und Istanbul getagt. Im Jahr 2016 wird es in Dhaka zusammentreffen, wo auch



Das internationale Netzwerk Churches Witnessing With Migrants 2015 bei einer Konsultation in der Türkei.

das Global Forum on Migration and Development stattfindet.

Es war kein Zufall, dass sich CWWM in Manila formiert hat. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit verlassen jeden Tag durchschnittlich etwa 6100 Philippinerinnen und Philippiner ihre Heimat, um im Ausland Arbeit zu finden. Etwa 20 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter sind im Ausland beschäftigt. Die Philippinen gehören zu den Ländern, die weltweit die höchste Summe von Heimatüberweisungen von Arbeitsmigranten erhalten. Im Jahr 2015 überwiesen philippinische Arbeitskräfte im Ausland umgerechnet knapp 26 Milliarden Euro. Das entspricht knapp zehn Prozent des philippinischen Inlandsprodukts. Für ein Land, das auf Devisen angewiesen ist, sind Geldtransfers von Migranten eine bequeme Möglichkeit. Die Migranten und ihre Familien dagegen zahlen für diese Überweisungen einen hohen Preis: Ihre familiären und sozialen Beziehungen leiden, in den Aufnahmeländern werden ihnen Würde und Rechte verweigert, und sie sind ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen ausgesetzt.

CWWM beschäftigt sich mit der grundsätzlichen Frage: Ist Migration und der Export von Arbeitskraft eine echte Entwicklungsstrategie oder verschärft sie die Unterentwicklung eher noch? Millionen von Menschen überall auf der Welt werden von ihren Regierungen für eine „Arbeitskraftexportpolitik“ geopfert und als Ware auf die internationalen Arbeitsmärkte geworfen. Viele von ihnen führen schmutzige, gefähr-

liche und entwürdigende Arbeiten aus, die die meisten Bürger aus Industrieländern nicht verrichten mögen. Die Regierungen der unterentwickelten Länder nutzen den Export von Arbeitskräften als Ventil, um die gesellschaftlichen Spannungen im Inland wegen Arbeitslosigkeit und Unterentwicklung zu entschärfen. CWWM versucht die nationale entwicklungspolitische Debatte zu beeinflussen, besonders bezüglich des Exports migrantischer Arbeitskräfte, indem sie die Zusammenarbeit von nationalen Organisationen und Basisorganisationen von Migranten fördert.

Der Arbeitskraftexport erhöht das Bruttoinlandsprodukt und die Devisenreserven. Die Probleme der nationalen Wirtschaften löst er nicht, qualifizierte Arbeitsstellen und wirtschaftliche Chancen lässt er auch nicht entstehen. In den Aufnahmeländern hingegen bildet sich ein gespaltener Arbeitsmarkt heraus. Migrantische Arbeiterinnen und Arbeiter genießen dort weniger Rechte als die einheimische Bevölkerung. Bestimmte Rechtswege sind ihnen verschlossen und sie werden leichter Opfer von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen. Auf der Jagd nach schnellem Geld und Profit vermitteln einige Arbeitsagenturen nicht nur rechtmäßige Anstellungen, sondern betreiben regelrecht eine Art Menschenhandel. Häufig verlieren Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Aufenthaltserlaubnis, wenn sie der Ausbeutung durch ihre Arbeitgeber entkommen wollen. Ohne legale Papiere werden sie leicht Opfer von Schleppern und anderen Formen der Zwangsarbeit.

Die Vision von CWWM ist es, dass die Stimme und die Anliegen von Migranten eine zentrale Rolle in der öffentlichen Auseinandersetzung spielen. Daher organisiert das Netzwerk öffentliche Veranstaltungen, bei denen Betroffene ihre Nöte schildern. Es geht darum, die Situation von Migranten zu verstehen sowie zielgenaue und wirksame Möglichkeiten der Begleitung und Fürsprache zu finden, besonders (aber nicht ausschließlich) in Hinblick auf erzwungene Migration. Um gerechte und nachhaltige Lösungen für die vorhandenen Probleme zu finden, bindet CWWM bewusst politische Akteure aller Ebenen ein – lokale, nationale, internationale und multilaterale, unter anderem auch die Vereinten Nationen. Der Export von Arbeitsmigranten ist ein großes Problem und seine Lösung ein wichtiger Bestandteil von Entwicklungsgerechtigkeit – denn Migration berührt unausweichlich Fragen wie Menschenrechte, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. CWWM will theologische Sichtweisen und ethische Standpunkte in die Debatte über Migration hineinbringen. Der Ausgangspunkt dabei ist die Bekräftigung, dass allen Migranten menschliche Würde zukommt, und die Feststellung, dass alle Menschenrechte auch Migranten-Rechte sind. | |

Übersetzung aus dem Englischen von Matthias Becker.



Mervin Sol H. Toquero ist Programmverantwortlicher im Referat Glaube, Zeugnis und Dienste des Nationalen Kirchenrates in den Philippinen.



Liberato C. Bautista ist stellvertretender Abteilungsleiter des General Board of Church and Society der Vereinigten Methodistischen Kirche.

Zentralasien in Bewegung

Ein Bündnis nichtstaatlicher Organisationen verteidigt die Rechte von Arbeitsmigranten

| Gulzat Temirova

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist Zentralasien zu einer der wichtigsten Migrationsregionen der Welt geworden. Kirgisistan und Tadschikistan zählen zu den Ländern, die am stärksten auf Heimatüberweisungen von Ausgewanderten angewiesen sind. Der jüngste Abschwung der russischen Wirtschaft, der durch die Ukraine-Krise und die anschließenden internationalen Sanktionen ausgelöst wurde, hat auch Auswirkungen auf andere Länder in der Region – und auf die Situation von Migrantinnen und Migranten.

In den vergangenen fünf Jahren gehörten die Arbeitsmigration und die damit verbundenen Heimatüberweisungen zu den Antriebskräften, die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben und Armut vermindert haben. In Kirgisistan und Tadschikistan fehlen ökonomische Aussichten und eine Grundversorgung, es gibt große Lohnunterschiede, das Bildungssystem ist mangelhaft. Das sind die wesentlichen Ursachen für die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten in die großen Städte, aber auch nach Russland und Kasachstan. Gleichzeitig wandern immer mehr Menschen aus Zentralasien in andere Länder, darunter die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und Südkorea.

Auf der Rangliste der Länder, die am stärksten auf Heimatüberweisungen von im Ausland arbeitenden Staatsangehörigen angewiesen sind, belegt Kirgisistan den dritten Platz. Sie machen bis zu 30 Prozent des Bruttonationaleinkommens aus. Über eine halbe Million eingewanderte Kirgisen leben in Russland (Stand 2015). Nach Angaben des Russischen Amtes für Migration stieg ihre Zahl um 170.000 pro Jahr. Seit Anfang 2015 jedoch sinkt sie aufgrund der Wirtschaftskrise in Russland und eines verschärften Einwanderungs- und Aufenthaltsrechts. Diese Krise und die Abwertung des Rubels haben dazu geführt, dass die Summe der Heimatüberweisungen von Ausgewanderten im Vergleich zum Vorjahr um ein Drittel eingebrochen ist. Das schadet der kirgisischen Wirtschaft.

Foto: Kathrin Harms/Brot für die Welt



Eine Straße in Bishkek, der Hauptstadt von Kirgisistan. Das Land ist stark auf Überweisungen von Migranten, die im Ausland arbeiten, angewiesen.

Mit Tadschikistan ist ein weiteres Land in der Region stark von Überweisungen abhängig. Schätzungsweise anderthalb Millionen tadschikische Arbeitsmigranten leben in Russland. Gegen bis zu 300.000 von ihnen wurde ein Einreiseverbot wegen Verstößen gegen das russische Aufenthaltsrecht erlassen. Es ist davon auszugehen, dass ihre Zahl bald noch weiter zurückgehen wird, mit wirtschaftlichen Folgen für Tadschikistan. Die Ursachen für den Rückgang sind die Wirtschaftskrise in Russland und der Umstand, dass Tadschikistan (noch) nicht Teil der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft ist. Außerdem wurde dort ein neues Lizenz- und Dokumentationssystem für ausländische Arbeitskräfte eingeführt, das die Kosten für eine Arbeitserlaubnis vervierfacht. Auch kirgisische Migranten sind davon betroffen.

Mittlerweile haben sich knapp 30 lokale nichtstaatliche Organisationen aus drei Ländern (Kirgisistan, Tadschikistan und Russland) zusammengeschlossen und ein Bündnis namens „Zentralasien in Bewegung“ (Central Asia on the Move) gegründet. Gemeinsam wollen sie die Rechte von Arbeitsmigranten in ihren Heimatländern verteidigen, und ebenso die von hunderttausenden Männern und Frauen, die jedes Jahr versuchen, ihren Lebensunterhalt im

Ausland zu bestreiten. Das Bündnis soll den Zugang zu der sozialen und medizinischen Grundversorgung in den Zielländern verbessern, aber auch den für marginalisierte Bevölkerungsgruppen in den Heimatländern. Die Organisation will wirksamer als bisher dafür sorgen, dass die Bevölkerung ihre grundlegenden sozialen und politischen Rechte ausüben kann. Die Plattform wird sich darauf konzentrieren, eine Reform und Vereinfachung des Registrierungsverfahrens voranzubringen, die Rechte von Arbeitsmigranten in Russland zu schützen, den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu erweitern und für die betroffenen Bevölkerungsgruppen in Kirgisistan und Tadschikistan wirtschaftliche Alternativen zur Arbeitsmigration zu entwickeln. | |

Übersetzung aus dem Englischen von Matthias Becker.



Gulzat Temirova ist Programmverantwortliche im Zentralasien-Büro der Interchurch Organization for Development Cooperation (ICCO) in Bishkek, Kirgisien.

Entwicklungsland Deutschland

Die Gemeinwesenarbeit der Diakonie in der Einwanderungsgesellschaft

| Johannes Brandstätter

Deutschland ist seit mehreren Generationen ein Einwanderungsland. Mit der Einwanderung sind millionenfach individuelle Erfolgsgeschichten verbunden, und die Gesellschaft ist vielfältiger, bunter geworden. Allerdings gibt es auch Kritikpunkte. „Ghettoisierung“ und „Parallelgesellschaften“ sind Schlagworte, mit denen unerwünschte Aspekte der Einwanderungsgesellschaft umschrieben werden.

Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte haben nicht in gleichem Maße Teil an der Gesellschaft: Sie verfügen durchschnittlich über niedrigere Einkommen, sind häufiger von Arbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigung betroffen, ihre Aufstiegsmöglichkeiten durch Bildung sind eingeschränkt. Zur fehlenden Teilhabe kommen Konflikte hinzu, die sich aus der Segregation nach Herkunft und Hautfarbe ergeben (siehe dazu den Beitrag von Vassilis Tsianos). Die Erscheinungen

konzentrieren sich oft in einzelnen Stadtvierteln. Solche Quartiere in großen Städten sind durch den Zuzug einkommensschwacher Familien, beispielsweise mit Migrationshintergrund, bei gleichzeitigem Fortzug sozioökonomisch besser gestellter Haushalte gekennzeichnet. Die Schulen sehen sich vor komplexen Aufgaben, es fehlt an Verkehrsverbindungen, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeit- und Kulturangeboten. Wahrgenommen werden Müllprobleme, Vandalismus, Zeichen des Verfalls und ein schlechter Ruf. Wer kann, zieht dann noch schneller weg.

Staat und Zivilgesellschaft, darunter die Wohlfahrtsorganisationen, reagieren mit ganzheitlichen Ansätzen wie der integrierten Stadtentwicklung, der Sozialraumorientierung, dem Quartiersmanagement oder dem Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“. Für die Diakonie ist das der Ansatzpunkt der „Gemeinwesendiakonie“. Sie versteht sich als Partner, als Teil eines Netzwerks sozialer Beziehungen im Quartier. Mit dem aktuellen Zweijahresthema unter der Überschrift „Wir sind Nachbarn. Alle“ wirbt die Diakonie Deutschland für ein Miteinander im Gemeinwesen. Bereits seit 1830 geben Stadt- diakonien wie die Evangelische Gesellschaft

Stuttgart Impulse für die Lebensbedingungen von Menschen in der Großstadt.

Ausgangspunkt der Gemeinwesenarbeit, in der Entwicklungspolitik als Community Organizing bekannt, ist die Wahl einer anderen Perspektive. Sie sieht die als „benachteiligte Stadtteile“ umschriebenen Quartiere nicht als „Brennpunkte“ und Problemträger, sondern als Problemlöser, die eine integrative Funktion für die gesamte Stadt und Gesellschaft übernehmen können. Denn diese Viertel haben besondere Funktionen und Potenziale für die Gesamtstadt, manchmal für die ganze Gesellschaft. Hier leben besonders viele Kinder, Jugendliche und Kreative. Neuankommende aus anderen Ländern finden günstigen Wohnraum und ein Beziehungsnetzwerk aus Landsleuten, die beim Start in ein neues Leben helfen können.

Diese Quartiere benötigen keinen dirigistischen Zuzugsstopp durch Wohnsitzauflagen der Behörden, sondern besondere Unterstützung, um ihre gesamtgesellschaftliche Funktion wahrnehmen zu können. Unter der Überschrift der Sozialraumorientierung lassen sich inklusive Quartiere entwickeln, in denen sich jede und jeder seinen Neigungen entsprechend entwickeln und seinen Fähig-

Foto: Andreas Unger



Foto: Karin Desmarowitz



Stadtteilwerkstatt Kranichstein in Darmstadt

keiten gemäß einbringen kann. In Respekt vor der Unterschiedlichkeit der Lebensentwürfe will Gemeinwesendiakonie Teilhabe und Begegnungen ermöglichen, Chancen eröffnen, Armut abbauen, Elend und Ausgrenzung verhindern.

Eines der wichtigsten Instrumente ist die Soziale Arbeit der Wohlfahrtsverbände, zum Beispiel in Form der Migrationsfachdienste. Die Diakonien betreiben bundesweit 200 Migrationsberatungen für Erwachsene und 162 Jugendmigrationsdienste. Sie bieten Zugewanderten individuelle Beratung, die kostenlos, unabhängig und ergebnisoffen ist.

An einigen Stellen gibt es auch Stadtteilzentren und Quartiersmanager. Die Quartiersmanager sind wichtige Akteure der Stadtteilentwicklung. Sie verfolgen den Anspruch, mit Selbsthilfegruppen zusammenzuarbeiten und sie zu fördern. Die Migrationsfachdienste führen auch gemeinwesenorientierte Projekte durch, sie unterstützen

Foto links: Gemeinwesenarbeit in München-Freimann: Begegnung in einer Spielerunde.

Foto rechts: Die Diakonie Hamburg berät Brandsicherheitsingenieur Hasan Dhaka aus Syrien.



Kranichstein ist ein baulich heterogener und durch kulturelle Vielfalt geprägter Wohnstandort mit 11.000 Einwohnern im Norden von Darmstadt. Hier leben Menschen aus sehr unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Milieus aus rund 75 Nationen. Der Anteil von Transferleistungsbeziehenden ist im Vergleich zur Gesamtstadt überdurchschnittlich, ebenso der Anteil der Kinder und Jugendlichen.

Kranichstein wurde im Jahr 2000 in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt aufgenommen. Bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Sozialen Stadt spielt die Stadtteilwerkstatt eine wichtige Rolle. Sie ist teils koordinierend und teils moderierend tätig (AG Kinder, AG Kooperation offene Kinder und Jugendarbeit Schule (KOJAK) und AG Soziale Stadt). Träger ist das Diakonische Werk Darmstadt Dieburg.

Die Stadtteilwerkstatt beteiligt sich an der Stadtteilrunde Kranichstein. Sie ist ein Netzwerk aller professionellen und bürgerschaftlich engagierten Akteure des Stadtteils und der Bewohnerschaft. Aus der Stadtteilrunde entwickeln sich themenbezogene Unterarbeitsgruppen, in denen das Quartiermanagement mitarbeitet. Gegründet als Kommunikationsbrücke zu den Verwaltungen und als Diskussionsplattform für Stadtteilthemen wurde sie zu einer von der Kommunalpolitik geschätzten Institution. Die Kirchengemeinde wurde ebenfalls zum Partner.

Hauptzielgruppe sind die eingewanderten Menschen, ihre Familien, ihre Selbsthilfegruppen und Vereine. Es werden sowohl von Armut und Ausgrenzung

betroffene Menschen erreicht als auch Menschen, die in gesicherten ökonomischen Verhältnissen leben und im Gemeinwesen gut eingebunden sind. Die Stadtteilwerkstatt ist als niedrighschwelliger Ort mit stets offener Tür konzipiert. Hilfe und Unterstützung erfahren die Menschen nicht allein zu festen Zeiten, sondern auch zwischen „Tür und Angel“.

Um die verschiedenen Communities im Stadtteil zu erreichen, ist die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen unerlässlich. Sie stellen oft eine Brücke für die Teilnahme an Projekten der Stadtteilwerkstatt und für Beteiligungsverfahren der Sozialen Stadt dar. Dabei hilft ein gemeinsamer Arbeitskreis. Auch wurden Veranstaltungen zur Professionalisierung der Migrantenorganisationen angeboten.

Zurzeit spielen das Älterwerden und die Auseinandersetzung mit der Lebens- und Wohnsituation im Alter eine vorrangige Rolle. So besteht eine enge Kooperation mit der AG Senioren und dem neu gegründeten Verein „Hiergeblieben e.V.– Wohnen mit Versorgungssicherheit“ in Kranichstein. In die Aufbauarbeit des Vereins war die Stadtteilwerkstatt stark involviert. Ein von ihr initiiertes Projekt „Selbstbestimmt älter werden im Quartier“ lenkt den Fokus auf Menschen mit Einwanderungshintergrund.

Zum Weiterlesen:

Migrationsfachdienste im Gemeinwesen. Einzelfallberatung und Netzwerkarbeit in der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer, Berlin, Dezember 2015, https://www.diakonie.de/media/P150536_Brosch_Migration_Gemeinwesen.pdf

das freiwillige Engagement und die Nachbarschaftshilfe und helfen, diese zu koordinieren. Diese Aufgabe erfordert Netzwerkarbeit mit allen Akteuren vor Ort wie den Schulen und den Jobcentern, verbunden mit dem Anspruch, zur interkulturellen Öffnung der Institutionen beizutragen, deren Angebote von den Ratsuchenden genutzt werden sollen. Die Diakonie sieht sich dabei den berufsethischen Grundsätzen der Sozialen Arbeit verpflichtet. Sie betreibt ihre Soziale Arbeit als eine Menschenrechtsprofession. | |



Johannes Brandstätter ist Referent für migrationspolitische Grundsatzfragen im Zentrum für Migration und Soziales der Diakonie Deutschland.

Rassismus in Deutschland

Wenn die Aufnahmegesellschaft Integration verweigert

| Vassilis S. Tsianos

Angeblich ist der Rassismus in Deutschland überwunden. Doch tatsächlich ist er gesellschaftlich weit verbreitet, auch in Schulen und Behörden. Denn es werden Grenzen der Zugehörigkeit errichtet – nicht selten im Namen einer besseren Integration.

Der kenianische Schriftsteller Binyavanga Wainaina ist kürzlich in Berlin von einem Taxifahrer verprügelt worden. Der Grund: Weil er infolge eines Schlaganfalls an einer Sprachbeeinträchtigung leidet, gelang es ihm nicht, die Adresse schnell auszusprechen. Wainaina ist von dem Vorfall nicht nur körperlich verletzt, er hat auch eine Erfahrung gemacht, die nur nicht-weiße Menschen in Deutschland machen können: „Ich fühle mich schmutzig schwarz“, sagt er. Wenn in Deutschland Menschen verprügelt und zum „schmutzigen Schwarzen“ gemacht werden, können wir nicht von Integration reden, sondern müssen von Rassismus sprechen.

Der UN-Ausschuss zur Beseitigung der rassistischen Diskriminierung hat im Mai 2015 zu den 19. bis 22. Staatsberichten Deutschlands festgestellt, dass die Bundesrepublik nicht frei von strukturellem Rassismus ist. Er verweist dabei auf Racial Profiling, also Polizeikontrollen von Menschen aufgrund von deren vermuteter Herkunft, aber auch auf andere rassistisch diskriminierende Handlungen seitens der Strafverfolgungsbehörden sowie auf institutionelle Defizite bei den Ermittlungen zu rassistisch motivierten Straftaten. Struktureller Rassismus und Gewalt von Rechtsexternen stellen die Grenzen der Integration dar.

Rassistische Gewaltakte und Diskriminierungen sind Gegenstand der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). Ihr zwölftes Zusatzprotokoll ergänzt die EMRK um ein darüber hinausgehendes, allgemeines Diskriminierungsverbot. Im April 2005 trat das Zusatzprotokoll in Kraft, nachdem es auch Deutschland unterzeichnet hatte. Berlin hat es aber bis heute nicht ratifiziert. Die

Foto: Hermann Bredelhorst / Brot für die Welt



Bundesregierung begründet das mit dem Verweis, dass in Deutschland im Artikel 3 des Grundgesetzes „Diskriminierung bereits umfassend verboten“ sei. Auch Unterlassungen seitens der Aufnahmegesellschaft setzen der Integration also Grenzen.

Unter Rassismus verstehe ich, dass Menschen als Fremde definiert und von Einheimischen in eine Position der Unterordnung gebracht werden. So fordert beispielsweise die Volksinitiative „Hamburg für bessere Integration“ 1000 Meter Mindestabstand zwischen Flüchtlingsunterkünften, um „sorgenfrei und sicher“ im Quartier leben zu können. Sie argumentiert im Namen einer besseren Integration von Geflüchteten, praktisch aber bewirkt sie Baustopp für Flüchtlingsunterkünfte und schafft damit weitere Hürden gegen neue Zuzüge.

Kundgebung „Hand in Hand gegen Rassismus – für Menschenrechte und Vielfalt“ im Juni in Berlin. Sie war Teil bundesweiter Menschenketten gegen Rassismus.

Mit institutionellem Rassismus werden Diskurse, Politiken und Praktiken von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen bezeichnet, die systematisch Ausgrenzung und Diskriminierung produzieren, ohne sich explizit und vorsätzlich rassistischer Begründungs- und Deutungsmuster zu bedienen. Die Hegemonie der Dominanzgesellschaft wird so sichergestellt, obwohl die Zuschreibungen und Verfahrensweisen als angemessen oder wertneutral erscheinen. Aber

Kunstwerk der Eastside Gallery in Berlin. Es versinnbildlicht die diffusen Ängste, dass „alle, die arm sind“ nun zu uns kommen wollen. Der Fall der Mauer wurde als Akt der Freiheit wahrgenommen, während Europa sich an seinen Außengrenzen abschottet.

Foto: Johannes Brandstätter



auch offenere rassistische Praktiken, die von Institutionen ausgehen – wie das Racial Profiling – gelten als institutioneller Rassismus.

| Antimuslimischer Rassismus

Eine Verschränkung von institutionalisierter rassistischer Diskriminierung mit populären Formen des Alltagsrassismus stellt der antimuslimische Rassismus dar. Er institutionalisiert eine Kultur des Verdachts. Die „präventive Sicherheitspolitik im Modus des Verdachts“ (Werner Schiffauer) bei der diskriminierenden Ein- und Ausbürgerungspraxis konservativer Muslime hat verheerende Folgen. Ein anderes Beispiel ist die Kriminalisierung der Burka-Trägerinnen.

Auch Kopftuchträgerinnen werden überall in Europa als die Verkörperung eines Verdachts wahrgenommen. Die Verweigerung von gleichen Rechten der Berufsausübung – nicht nur im Staatsdienst, sondern auch in der Privatwirtschaft – für migrantische Frauen, die das Kopftuch tragen, ist paradigmatisch. Ein bekanntes Beispiel ist das von Fereshta Ludin, einer Lehrerin afghanischer Herkunft in Baden-Württemberg. Sie bestand auf dem Hijab und wurde deshalb nicht verbeamtet.

Auf die Neuartikulation des Neorassismus im Kontext der „Kopftuchdebatte“ verweist die Kulturwissenschaftlerin Gabriele Dietze. „Individuelle, institutionelle oder politisch-diskursive Reaktionen auf ein religiös-kulturelles Zeichensystem, zum Beispiel das Kopftuch“ fasst sie als Okzidentalismus. Die Annahme, eine Kopftuch tragende Frau sei unterdrückt, sei die Folie, auf der man sich einer Wertegemeinschaft versichere, die auf einer Ablehnung „orientalischer Sitten“ basiert. Das manifestiert die Annahme, eine nicht Kopftuch tragende Kultur sei überlegen. Das Geschlechterverhältnis spielt für diesen Diskurs eine wesentliche Rolle.

Wenn Migrantinnen und Migranten als eine Gefahr für die mühsam erkämpften Rechte von Homosexuellen stilisiert werden und Homophobie, die zweifellos nach wie vor auch in der deutschen Gesellschaft besteht, zu einem exklusiven Problem der Migration erklärt wird, dann ist auch das ein Beispiel für

einen Rassismus, der im Namen der (Geschlechter-) Gleichheit operiert. Ein weiteres Beispiel: Möglichkeiten des Ehegattennachzugs werden beschränkt mit der Begründung, so Migrantinnen besser vor Zwangsehen zu schützen.

| Eine Rhetorik der Emanzipation und Aufklärung

Die Bezeichnung „postmigrantische Gesellschaft“ beschreibt einen sozialen Wandel, der durch die Erfahrung der Migration geprägt ist. Gegen diesen Wandel artikulieren sich mittels „moralischer Panik“ neue städtische Eliten: Sie wollen ihren „zivilisatorischen Auftrag“ durchsetzen, abweichende Lebens- und Verhaltensformen zu disziplinieren. Die autoritäre Bewältigung des sozialen Wandels in der postmigrantischen Gesellschaft basiert auf der Akzeptanz von Diversity (Vielfalt und nicht auf ihrer Zurückweisung. Bei dieser konservativen Wendung von Diversity werden eine Überwindung des Rassismus und eine Gleichheit aller behauptet.

Als Beweis für das Verschwinden des Rassismus wird die in den Medien und der Politik zweifellos sichtbare Vielfalt angeführt. Erfolgreiche Menschen mit „Migrationshintergrund“ dienen als Beleg dafür, dass gesellschaftliche Teilhabe eine Frage der eigenen Anstrengung und des eigenen Willens ist. So steht einer „good diversity“ eine „bad diversity“ gegenüber – zu letzterer gehören etwa die „Parallelwelten“ von geflüchteten Muslimen oder Sinti und Roma.

| Das Selektionssystem Schule

Im Selektionssystem Schule wird die Erfahrung der Mehrfachdiskriminierung fortgesetzt. Generationen von migrantischen Ju-

gendlichen müssen sich im Geschichtsunterricht auf eine „europäische“ Weise mit dem Holocaust auseinandersetzen, die nicht ihre ist. Sie erleben auf diese Weise Bildungs-rassismus durch ihre Geschichtslehrer, die ihnen verbieten, andere Sprachen als Deutsch zu reden oder den Hijab vom Kopf zu ziehen.

Auch der Fokus auf die Anwesenheit und Sichtbarkeit rassistisch diskriminierter Menschen in den Regeleinrichtungen ist mit Skepsis zu betrachten. Beispielsweise wird in Berlin darüber diskutiert, dass es Schulen gibt, die überproportional stark von Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden, und andere, an denen der Anteil herkunftsdeutscher Kinder deutlich höher ist.

Diesen Segregationstendenzen muss entgegengewirkt werden, weil sie Ausdruck von Rassismus sind. In der aktuellen Diskussion allerdings wird zumeist nur noch über die prozentual angemessene „Mischung“ von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund geredet – das eigentliche Problem, nämlich die seit Jahrzehnten bereits nachgewiesene institutionelle Diskriminierung nicht-herkunftsdeutscher Kinder an den Schulen, wird meist gar nicht diskutiert. | |



Dr. Vassilis Tsianos ist Soziologe. Er lehrt an der Fachhochschule Kiel und ist Mitbegründer von Kanak Attak.

Mantra und Leerformel

Wenn von „Fluchtursachen bekämpfen“ geredet wird



Foto: Rosa-Maria Rinkl (CC BY-SA 4.0)

Die Nordküste von Lesbos zwischen den Ortschaften Molivos und Sykaminia im September 2015: Der Küstenstreifen ist übersät mit Schwimmwesten und Flüchtlingsbooten.

scheint, als ob viele Menschen, aufgewühlt durch die Bilder, die sie aus Syrien, Afghanistan und aus dem Irak sehen, sich in die Lage derer versetzen, die keine andere Wahl haben als zu fliehen. Menschen, die sich angesichts der fehlenden Perspektiven in den überfüllten Nachbarregionen und -ländern so weit wie möglich wagen, bis sie Länder wie Deutschland erreichen.

Die Sympathie für die Kriegsflüchtlinge sorgt für eine gewisse Bereitschaft der Bevölkerung, sie in Deutschland aufzunehmen. Aber parallel dazu hat sich eine künstlich erzeugte Angst entwickelt vor einer möglichen Überschreitung der Aufnahmefähigkeit, vor der Überfremdung der Gesellschaft und vor den Terroristen, die die Großzügigkeit gegenüber Menschen in Not ausnutzen könnten. Diese Angst und ihre Auswirkung auf politische Akteure diktieren die Maßnahmen: Abschottung durch Verschärfung der Kontrollen an den EU-Außengrenzen, faktische Abschaffung des individuellen Asylrechts, verbunden mit Sensibilisierungskampagnen in Afghanistan und im Irak, die darauf abzielen, fluchtwilligen Menschen jede Hoffnung auf Inanspruchnahme ihres Asylrechts zu nehmen; Deal mit der Türkei und Konzentration auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in Flüchtlingscamps in Jordanien und im Libanon.

Sind diese Maßnahmen geeignet, um Kriege zu beenden und Stabilität in den Ländern, aus denen die Flüchtlinge kommen, zu gewährleisten? Zweifel sind hier angebracht. Eine bessere Ausstattung und Versorgung der Flüchtlingscamps mag die Reise nach Europa verzögern, eine Lösung stellt das langfristig nicht dar. Was den Deal mit der Türkei angeht, erinnert er an den Deal mit Muammar Al-Gaddafi im Rahmen des Rabat-Prozesses, den die EU mit den Ländern Westafrikas sowie des Maghreb 2006 in Gang gesetzt hat, um einen Euro-

| Boniface Mabanza

Mit der zunehmenden Zahl geflüchteter Menschen in West- und Mitteleuropa hat sich Fluchtursachenbekämpfung als Betätigungsfeld der Politik etabliert. Auffällig ist, dass diese Formel wie ein Mantra wiederholt und oft überstrapaziert wird.

Mit dem Erstarken rechter Parteien in verschiedenen europäischen Ländern ist „Fluchtursachen bekämpfen“ zum neuen Modebegriff verkommen – für alle politischen Kräfte, die den Anschluss zu den nach rechts driftenden Diskursen nicht verlieren wollen. Die als Fluchtursachenbekämpfung dargestellten Maßnahmen sind dabei oft Leerformeln. Das zeigt ein Blick auf die Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen. Zwei der Fluchtursachen – Krieg und politische Verfolgung – und die Maßnahmen, mit denen sie bekämpft werden sollen, werden hier exemplarisch herausgegriffen.

| Fluchtursache „Krieg“

In der Öffentlichkeit werden Fluchtursachen häufig auf einen einzigen Grund reduziert. Diejenigen, die so argumentieren, machen die Kriege im Irak, in Afghanistan und in Syrien zur einzigen Ursache der Fluchtbe-

wegungen, mit denen sich die europäischen Länder in den letzten Jahren konfrontiert sehen. Hinter dieser vereinfachenden Sicht verbirgt sich die Angst, mit den Fluchtursachen in Verbindung gebracht zu werden. Aus deutscher Perspektive wird dann argumentiert: Wir mögen am Krieg in Afghanistan beteiligt sein, aber nur, um unsere eigene Freiheit und unsere Werte am Hindukusch zu verteidigen. Die Kriege im Irak und in Syrien haben gar nichts mit uns zu tun. Den Irak-Krieg haben die Amerikaner trotz unseres Vetos angezettelt und der Syrienkrieg ist vor allem auf interne Faktoren zurückzuführen.

Diejenigen, die solche Argumente vorbringen, blenden sowohl die geopolitischen Interessen, die zu den Kriegen beigetragen haben, als auch den Waffenhandel aus, der für die Grausamkeit und das Andauern dieser Kriege mitverantwortlich ist. Trotz dieser Rechtfertigungen gilt es festzuhalten, dass Krieg unter allen Fluchtursachen nicht nur als solche benannt wird, sondern auch ein gewisses Verständnis in breiten Schichten der Bevölkerung hervorgerufen hat. Es

Afrikanischen „Dialog zu Migration und Entwicklung“ zu fördern. Im Rahmen dieses so genannten Dialogs erhielt Al-Gaddafi jedes Jahr beträchtliche Summen von der EU, um Flüchtlinge aus Afrika südlich der Sahara an der Weiterreise nach Europa zu hindern. Dass so ein Deal keine Fluchtursachen bekämpft, sondern sich mit Symptomen beschäftigt hat, zeigt die nach wie vor angespannte Situation im Mittelmeerraum.

Fluchtursache „politische Verfolgung“

Die Geflüchteten aus Afrika, die Europa tatsächlich erreichen und die viel weniger sind als diejenigen aus Syrien oder aus dem Irak, kommen häufig aus Gambia, Eritrea, Äthiopien, aber auch aus nordafrikanischen Ländern wie Algerien und Tunesien. Sie fliehen vor dem herrschenden politischen Klima in ihren Ländern, die von Autokraten regiert werden. Sie fliehen vor Regimen, die Menschenrechte unter dem Deckmantel der

Terrorbekämpfung mit Füßen treten. Auch im Hinblick auf diese Fluchtursache gilt in der EU der gleiche Abwehrreflex: Deutschland könne nicht das ganze Elend der Welt aufnehmen. Die Menschen sollten besser zu Hause bleiben und gegen ihre Diktatoren kämpfen. Die Maßnahmen der Politik sind: Abschottung, Verlagerung der Kontrollen nach West- und Ostafrika, Finanzierung von Internierungslagern in Ost- und Westafrika, Verschärfung des Asylrechts. Nordafrikanische Länder wurden über Nacht zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Ist dies die Antwort auf die Fluchtursache „politische Verfolgung“ und die damit verbundenen Gefahren fürs Leben? Sicherlich nicht.

Anstatt Deals mit denjenigen zu machen, die Flucht verursachen, und sie dadurch zu legitimieren, wäre die EU gut beraten, in solchen Ländern und Regionen mit den zivilgesellschaftlichen Kräften zu arbeiten,

die sich für Veränderungen einsetzen. Diese zu identifizieren und mit ihnen so zu kooperieren, dass sie weiterarbeiten können, wie es entsprechend der jeweiligen nationalen Kontexte notwendig ist, ist sicherlich eine sensible und komplexe Aufgabe. Aber in dieser Komplexität liegen die zukunftsweisenden Antworten – und nicht im kurzfristigen Aktionismus. Ansätze, solche Akteure zu identifizieren, könnten sich etwa durch die Einbindung der Diaspora afrikanischer Länder ergeben, die in allen EU-Ländern vertreten ist. . | |



Dr. Boniface Mabanza ist Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg.

Anzeige

WELT-SICHTEN

MAGAZIN FÜR GLOBALE ENTWICKLUNG UND ÖKUMENISCHE ZUSAMMENARBEIT

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 9-2016 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Nils Utermöhlen und Sophia Wirsching (Brot für die Welt), Johannes Brandstätter (Diakonie Deutschland), Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Silke Jarick, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.:
Thomas Sandner (Brot für die Welt)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellung bei: vertrieb@diakonie.de,
Artikelnr. 129 5 0239 0

Anzeige

Manche lassen ihr ganzes Leben zurück. Um es zu behalten.

Immer mehr Menschen müssen Länder wie Syrien aufgrund der Folgen des Krieges verlassen. Wir unterstützen Flüchtlinge und Einheimische in den Nachbarländern bei der Bewältigung dieser Krise. Weil jeder Mensch das Recht auf ein Leben in Würde hat. brot-fuer-die-welt.de/fluechtlinge

Mitglied der **actalliance**



Würde für den Menschen.